

# Finnische Vorbilder

Die neue, von vier Frauen angeführte Regierung in Helsinki tritt für einen Stil in der Politik an.

Ein paar Männer gibt es auch im Kabinett | Von Inken Paletta

**F**innland hat geschafft, was sowohl anderswo als auch in Deutschland seit Jahren zur Diskussion steht, faktisch aber noch immer in weiter Ferne liegt. Die Rede ist von einem Generationenwechsel in der Politik. Und dieser ist zu aller Überraschung auch noch weiblich.

Die 34-jährige Sozialdemokratin Sanna Marin, die bisherige Verkehrs- und Kommunikationsministerin, hat sich nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Antti Rinne bei einem Votum der Sozialdemokraten gegen ihren gleichaltrigen Mitstreiter Antti Lindman mit knapper Mehrheit durchgesetzt und wurde vorige Woche zur neuen Regierungschefin der amtierenden Mitte-links-Regierung gewählt. Sie ist damit nicht nur Finnlands jüngste Regierungschefin, sondern auch die jüngste Frau weltweit an der Spitze einer Regierung. Aber damit nicht genug: Auch die anderen Parteivorsitzenden der vier mitregierenden Parteien sind weiblich, vier davon sogar jünger als 35 Jahre. Ebenso verzeichnet Marins gesamtes Kabinett mit elf Ministerinnen und sieben Ministern einen sichtbaren Frauenüberschuss.

Für die Welt eine Sensation, für Finnland keine Überraschung. Denn Gleichstellung auf staatlicher und nichtstaatlicher Ebene ist fester Bestandteil der finnischen Verfassung und wird in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik entsprechend gefördert. Dazu wurde auch das Gleichstellungsgesetz von 1986 mehrfach angepasst und erneuert. Und natürlich spielt auch das Wohlfahrtsstaatsystem mit seiner flächendeckenden Kinderbetreuung eine entscheidende Rolle dabei, dass neben einer hohen Frauenerwerbsquote und einem hohen Anteil von Frauen in Führungspositionen auch viele junge Frauen sich aktiv in der Politik engagieren können.

Doch ein ganz entscheidender Grund versteckt sich in der Geschichte Finnlands: Die Finnen waren das erste europäische Land, das bereits 1906 Frauen das aktive und passive Wahlrecht verlieh. Zum Vergleich: Deutschland zog erst 1918, also über zehn Jahre später nach. Dass dies so früh geschah, lag auch daran, dass es in Finnland bereits damals eine sehr akti-



Gruppenbild, nur Damen: Die neue finnische Regierungschefin Sanna Marin (2. von rechts) mit der Bildungsministerin Li Andersson (links), der Finanzministerin Katri Kulmuni und der Innenministerin Maria Ohisalo (rechts)

ve Frauenrechtsbewegung gab, zu deren wichtigsten Vertreterinnen die finnische Schriftstellerin Minna Canth (1844-1897) zählt. Sie setzte sich auch stark dafür ein, dass Mädchen die Schule besuchen konnten und damit früh gleichen Zugang zu Bildung bekamen – ein entscheidender Faktor auf dem Weg zur Gleichberechtigung. Ihr zu Ehren wird jedes Jahr am 19. März der Minna-Canth-Tag als Tag der Gleichberechtigung gefeiert. Bereits 1907 zogen nach der Parlamentswahl erstmals 19 Frauen ins finnische Parlament ein. Eine von ihnen war Miina Sillanpää (1866-1952), die von jenem Tag an 40 Jahre im Parlament saß und 1926 als Sozialministerin die erste Frau war, die ein finnisches Ministeramt bekleidete. Zudem hatte Finnland mit Tarja Halonen, der Vorgängerin des amtierenden Präsidenten Sauli Niinistö, bereits ab 2000 zwölf Jahre lang eine Frau an der Spitze. Sie setzte sich ebenfalls für soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, aber auch für Toleranz und die Rechte von Min-

derheiten ein. Sicher wäre sie auch für eine dritte Amtszeit wiedergewählt worden, wenn das finnische Gesetz nicht vorsehen würde, dass nur zwei Amtszeiten in Folge erlaubt sind.

Sanna Marin und ihre Mitstreiterinnen, Finanzministerin Katri Kulmuni (Zentrumspartei, 32 Jahre), Bildungsministerin Li Andersson (Linke, 32 Jahre), Innenministerin Maria Ohisalo (Grüne, 34 Jahre) und Justizministerin Anna-Maja Henriksson (Schwedische Volkspartei, 55 Jahre) setzen somit eine lange Tradition weiblicher Power in der Politik fort. Mög-



**INKEN PALETTA**  
ist Finnlandexpertin und Autorin des Blogs *finntastic.de* und schreibt unter anderem für die *Deutsch-Finnische Rundschau*.

lich ist so eine junge, weibliche Regierung sicher auch deshalb, weil Finnland auf sein Bildungssystem vertraut und jungen Frauen, ja, allgemein jungen Leuten etwas zutraut – ein Vorbild für Deutschland?

Für die Sozialdemokratin Marin spielt dann auch die Frage nach Geschlecht und Alter keine Rolle. Für sie seien vor allem die Gründe entscheidend, die sie in die Politik gebracht haben. Dazu gehört vor allem, soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung und Toleranz voranzubringen. Ihre Nominierung kann auch als deutliches Zeichen gegen den Rechtsruck gesehen werden, der auch in Finnland zugenommen hat.

Auch wenn es sicher einige Menschen gibt, die Sanna Marin aufgrund ihres Geschlechts und jungen Alters belächeln: In den Schoss gefallen ist das Amt der selbstbewussten jungen Frau, die selbst Mutter einer fast zweijährigen Tochter ist, ganz sicher nicht. Denn Marin wuchs in einem Arbeitermilieu auf. Ihre Mutter war alleinerziehend und lebte später in

einer gleichgeschlechtlichen Beziehung. Marin selbst kennt sowohl finanzielle Entbehrungen als auch das Problem der gesellschaftlichen Stigmatisierung aus eigener Erfahrung. Ihr Studium der Verwaltungswissenschaften hat Marin 2017 an der Universität Tampere abgeschlossen – sie ist die Erste in ihrer Familie mit einem Hochschulabschluss. Ihr Studium finanzierte sie sich mit Nebenjobs und engagierte sich schon damals aktiv politisch. Mit 27 Jahren wurde Marin in den Stadtrat von Tampere, der drittgrößten Stadt Finnlands, gewählt, dessen Vorsitz sie von 2013 bis 2017 übernahm. 2014 wurde sie auch zur stellvertretenden Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei ernannt und vertrat bereits den Parteivorsitzenden Antti Rinne während einer längeren krankheitsbedingten Abwesenheit. Seit 2015 sitzt sie zudem als Abgeordnete im finnischen Parlament, und seit Juni 2019 bis zu ihrer Wahl zur Ministerpräsidentin hatte sie das Amt der Verkehrs- und Kommunikationsministerin inne. Marin bringt nicht nur politische Erfahrung, sondern auch Lebenserfahrung mit, die ihrer Arbeit als Ministerpräsidentin sicher zugutekommen wird. Die Stärkung des Sozialstaats, die Förderung der Gleichberechtigung der Bürger unabhängig von Geschlecht, Hintergrund oder Alter stehen dabei ganz oben auf ihrer Prioritätenliste. Doch auch im finnischen Wohlfahrtsstaatsystem gibt es an vielen Stellen Verbesserungsbedarf. So wird es zum Beispiel für die neue, junge Regierung eine Herausforderung sein, den noch immer vorhandenen „Gender-Pay-Gap“, also die Lohn Differenz zwischen Frauen und Männern, zu schließen.

Nichtsdestotrotz sollte nicht nur Deutschland einmal über den Tellerrand schauen und zur Kenntnis nehmen, dass es an der Zeit ist, auch höhere, politische Posten einmal durch Jüngere zu besetzen und vor allem jungen Menschen zu ermöglichen, etwas in der Politik zu bewirken. Denn das würde ganz sicher auch verstaubte Strukturen aufbrechen und neuen Wind und Ideen in die Entwicklung unserer Wirtschaft und Gesellschaft bringen.

## DIE KOLUMNE AM SONNTAG

### Milieus



**GÜNTER BANNAS**

ist Kolumnist des HAUPTSTADTBRIEFS. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

**Z**u Beginn des Wahlkampfes 1994 unterlief dem SPD-Kanzlerkandidaten Rudolf Scharping ein Missgeschick. Kurzzeitig wechselte er „Brutto“ und „Netto“. Von dieser Panne – mehr war das nicht – „erholte“ er sich nicht. Kürzlich nun offenbarte der Grünen-Ko-Vorsitzende Robert Habeck in Sachen Pendlerpauschale erhebliche Wissenslücken. Nach ritualisierter Empörung und Häme war für ihn die Angelegenheit ausgestanden. Warum? Habeck ist (noch?) nicht Kanzlerkandidat. Um die, die sich da lustig machten, steht es nicht sonderlich gut. Er beansprucht nicht, Spezialist für Steuerpolitik zu sein. Vor allem aber verkörpern die Grünen wie sonst keine der Oppositionsparteien – über die Klimapolitik hinaus – das, was Zeitgeist zu nennen ist. Gegen Spott und Häme macht das immun.

Christian Lindner kann von solcher Nachsicht nur träumen. Seit er vor zwei Jahren die Jamaika-Gespräche zum Scheitern brachte, hat der FDP-Vorsitzende einen schweren Stand. Immer wenn er die GroKo kritisiert, schallt ihm ein „aber du hättest doch ...“ entgegen. Es nutzt Lindner nichts, dass er – nicht ganz zu Unrecht – darauf verweist, Angela Merkel habe in den Verhandlungen stets Rücksicht auf die Grünen, die FDP aber nicht wirklich ernst genommen. Vor allem aber ist nicht zu erkennen, dass sich die FDP und auch Lindner persönlich weiterentwickeln. Doch Stillstand ist Rückschritt. Lindners verbale Wende, jetzt zu Koalitionsverhandlungen mit einer Ohne-Merkel-CDU bereit zu sein, ist arg durchsichtig.

Schlimm für die Liberalen: FDP und Grüne werben um ähnliche Wählergruppen: staatskritisch, gut ausgebildet und besser verdienend. Bei der Bundestagswahl lag die FDP noch vor den Grünen. Damit ist es vorbei. Sogar bei jüngeren Wirtschaftsleuten und Aufsteigern liegen die Grünen laut Allensbach-Umfragen vorne. Von Wirtschaftsverbänden und Industrie werden sie unworben. Missgünstig versuchen Leute der abschmelzenden Volksparteien sogar, ihnen das Mäntelchen eines „unsozialen Neoliberalismus“ umzuhängen. In Wahrheit treiben sie damit den Grünen neue Wähler zu – aus ihrem eigenen und vor allem aus dem Milieu der FDP. Wie es gehen kann, zeigt die Linkspartei. Sie arbeitet an sich und ihrem Image. Im Januar wird Dietmar Bartsch, ihr Fraktionschef, als Festredner beim Neujahrsempfang des Bundes der Steuerzahler auftreten, der nun ganz gewiss nicht zum Freundeskreis der Linkspartei gehört.

# Vorsichtige Annäherung zwischen Moskau und Kiew

Aber wann kommt der Plan zur Entmilitarisierung des Donbass? Eine Bilanz des Normandiegipfels | Von Gwendolyn Sasse

**I**n Europa herrscht Krieg. Dieser ist im öffentlichen Bewusstsein nicht sehr präsent. Der Donbass ist gefühlt viel weiter von uns entfernt, als es Geografie, Geschichte und die nach Westen orientierte Politik der Ukraine nahelegen. Der Krieg in der Ostukraine dauert bereits über fünf Jahre an. Er hat über 13 000 Opfer gefordert und mindestens 1,5 Millionen Menschen zu Binnenflüchtlingen gemacht. Darüber hinaus sind etwa eine Million Menschen aus dem Kriegsgebiet nach Russland geflohen. Dieser Krieg ist kein ethnischer oder linguistischer Konflikt oder gar ein Bürgerkrieg. Die Tatsache, dass in der Ukraine auch ethnische Russen leben und im Südosten des Landes neben der Staatssprache Ukrainisch auch Russisch gesprochen wird, hat wenig mit dem Krieg zu tun. Die interne Diversität der Ukraine ist im Alltag nicht so konfliktbehaftet, wie oft angenommen.

In diesem Krieg, der 2014 auf die Euromaidan-Proteste und die Krim-Anne-

xion durch Russland folgte, stehen sich Kiew und die von Russland militärisch, finanziell und politisch unterstützten Separatistenführer der selbsternannten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk gegenüber. Die Minsker Abkommen von 2014 und 2015, verhandelt mit der Hilfe Deutschlands und Frankreichs im sogenannten Normandie-Format, verhinderten eine Eskalation des Krieges, konnten jedoch keinen dauerhaften Waffenstillstand gewährleisten. Das Gipfeltreffen der vier Staats- und Regierungschefs in Paris in der vergangenen Woche war das erste Treffen auf dieser Ebene in über drei Jahren.

Die Bedeutung des Normandiegipfels liegt vor allem im erneuten Versuch, einen Waffenstillstand zu erreichen. Mit ihm steht und fällt der gesamte Friedensprozess. Auch der im Abschlusskommuniqué erwähnte umfassende Gefangenenaustausch, punktuelle Truppenflechtungen, Entminung und neue Übergänge an

der sogenannten Kontaktlinie sind wichtige Schritte für die Bevölkerung vor Ort. Die persönlichen Kontakte über die Kontaktlinie hinweg sind nach wie vor eng: Einer Umfrage des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) im Jahr 2019 zufolge haben etwa 54 Prozent der Bevölkerung in den „Volksrepubliken“ Familie und Freunde im Rest der Ukraine, und über 40 Prozent überqueren einmal monatlich oder alle paar Monate die Kontaktlinie.

Die großen strittigen Fragen sind auch nach dem Gipfel weiter offen: Die „Stein-



**PROF. DR. GWENDOLYN SASSE**  
ist Wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS).

meier-Formel“ über die Abfolge von Lokalwahlen und einen Sonderstatus für Teile des Donbass soll in ein ukrainisches Gesetz gefasst werden. Die „Formel“ sagt jedoch nichts über die Bedingungen, unter denen die Wahlen nach „ukrainischem Gesetz“ abgehalten werden können, wie es das Minsker Abkommen vorsieht. Hierfür bräuchte es einen konkreten Plan zur Entmilitarisierung, der die Rückkehr zur Kontrolle der ukrainisch-russischen Staatsgrenze durch Kiew nicht ganz ans Ende des politischen Prozesses verschiebt.

Eine Umfrage des ZOIS zeigte 2016 und 2019, dass sich in den „Volksrepubliken“ jeweils eine Mehrheit von ungefähr 55 Prozent für den Verbleib im ukrainischen Staat aussprach – entweder mit einem Sonderstatus oder als Teil der administrativen Gebiete Luhansk und Donezk. Ein Großteil der Bevölkerung orientiert sich somit weiterhin nicht eindeutig nach Russland.

Anders als sein Vorgänger hat sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj die Beendigung des Krieges zum Ziel gemacht und somit auf die Stimmung im Land reagiert. Im Vorfeld des Gipfels hatte sich in der Ukraine eine politische Opposition formiert, die vor einer „Kapitulation“ warnte. Dazu ist es nicht gekommen. Die Umsetzung der neuen Vereinbarungen wird maßgeblich vom politischen Willen Moskaus abhängen. Moskau hat durch die Beteiligung am Gipfel zumindest Interesse daran gezeigt, den neuen Spielraum auszutesten, denn auch in Moskau ist man sich der Kosten des Krieges zunehmend bewusst. Der Donbass hat in der russischen Bevölkerung nicht dieselbe Symbolkraft wie die Krim.

Friedensprozesse sind oft langwierig, und ihr Momentum muss aktiv erhalten werden. In vier Monaten soll der nächste Gipfel stattfinden. Bis zum Jahresende wird klar sein, ob man dann auf den vereinbarten praktischen Schritten aufbauen kann.